

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)**

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Kerstin Andreae, Dr. Valerie Wilms, Claudia Roth (Augsburg), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 18/6052 –

**UN-Nachhaltigkeitsziel 8 in Deutschland schon jetzt umsetzen –  
Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum,  
produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle  
fördern**

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Valerie Wilms, Kerstin Andreae, Claudia Roth (Augsburg), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 18/6053 –

**UN-Nachhaltigkeitsziel 9 in Deutschland schon jetzt umsetzen – Eine  
belastbare Infrastruktur aufbauen, inklusive und nachhaltige  
Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen**

- c) zu dem Antrag der Abgeordneten Kerstin Andreae, Dr. Frithjof Schmidt, Dr. Valerie Wilms, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 18/6054 –

**UN-Nachhaltigkeitsziel 10 in Deutschland schon jetzt umsetzen –  
Ungleichheit innerhalb und zwischen Staaten verringern**

## A. Problem

Zu Buchstabe a

Erarbeitung eines neuen Wohlstandsindikatorensets zur Bemessung der Lebensqualität aller Menschen und des Zustands der Umwelt, Förderung des ökologischen Umbaus, Maßnahmen für die Sicherstellung stabiler Finanzmärkte und zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für gute und gesunde Arbeit, Schaffung eines inklusiven Arbeitsmarkts.

Zu Buchstabe b

Maßnahmen für eine Neuordnung der Verkehrsinfrastruktur, des Bundesnetzplans, des Bestandserhalts und der nachhaltigen Mobilität, Anstoß einer kommunalen Investitionsoffensive zur Überwindung der Infrastrukturmängel vor Ort, Förderung einer ökologischen Industriepolitik sowie der Infrastrukturen des Wissens, Bund-Länder-Programm, Novellierung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes, Stärkung von Innovationen durch eine neue Strategie.

Zu Buchstabe c

Bekämpfung der Spaltung Europas, Maßnahmen zur Eindämmung sozialer Ungleichheiten und exzessiver Staatsverschuldung, gerechtere Ausgestaltung des Steuersystems, Beendigung der Sparpolitik, Entbürokratisierung, Sicherung eines fairen Wettbewerbs auf den Märkten, leistungsgerechtere Einkommen und Vermögen, Erleichterung der Migration, Initiative auf europäischer Ebene für eine faire Handelspolitik.

## B. Lösung

Zu Buchstabe a

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/6052 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

Zu Buchstabe b

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/6053 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

Zu Buchstabe c

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/6054 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

## C. Alternativen

Keine.

## D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

### **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 18/6052 abzulehnen,
- b) den Antrag auf Drucksache 18/6053 abzulehnen,
- c) den Antrag auf Drucksache 18/6054 abzulehnen.

Berlin, den 11. Mai 2016

### **Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie**

**Dr. Peter Ramsauer**  
Vorsitzender

**Klaus Ernst**  
Berichtersteller

## Bericht des Abgeordneten Klaus Ernst

### I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Antrag auf **Drucksache 18/6052** wurde in der 124. Sitzung des Deutschen Bundestages am 24. September 2015 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Finanzausschuss und den Ausschuss für Arbeit und Soziales überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Antrag auf **Drucksache 18/6053** wurde in der 124. Sitzung des Deutschen Bundestages am 24. September 2015 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur und den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit überwiesen.

Zu Buchstabe c

Der Antrag auf **Drucksache 18/6054** wurde in der 124. Sitzung des Deutschen Bundestages am 24. September 2015 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Die Antrag stellende Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert die Bundesregierung auf, das Nachhaltigkeitsziel 8 der Vereinten Nationen zur Erreichung eines dauerhaften, inklusiven und nachhaltigen Wirtschaftswachstums sowie von produktiver Vollbeschäftigung und menschenwürdiger Arbeit schon jetzt umzusetzen. Dazu soll die Bundesregierung ein neues Wohlstandsindikatorenset erarbeiten, das die ökologische, soziale, gesellschaftliche und ökonomische Dimension des Wohlstands erfasst und damit die Lebensqualität aller Menschen und den Zustand der Umwelt bemisst. Außerdem soll der ökologische Umbau durch eine konsequente Umsetzung der Energiewende vorangetrieben werden. Für stabile Finanzmärkte soll es eine Finanztransaktionssteuer geben.

Zu Buchstabe b

Nach Auffassung der Antrag stellenden Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN können eine nachhaltige Entwicklung, der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und echter Klimaschutz global nur dann erreicht werden, wenn alle damit bei sich zu Hause anfangen. Deutschland sei von echter Nachhaltigkeit noch weit entfernt und habe zugleich als führendes Industrieland in der EU eine besondere Verantwortung. Für einen Aufbruch in nachhaltiges Leben und Wirtschaften müsse die Bundesregierung sich für Politikkohärenz im Sinne von Frieden, Demokratie und einer menschenrechtsbasierten nachhaltigen Entwicklung einsetzen. Konkret fordern die Antragsteller die Bundesregierung unter anderem auf, mit einem Bundesnetzplan klare Prioritäten auf die Beseitigung dauerhafter Engpässe zu setzen und vor allem in den Erhalt des Bestandes und nachhaltige Mobilität zu investieren. Ferner soll sie mit einer nachhaltigen Neuordnung der Verkehrsinfrastruktur Bundesfernstraßen, Schienennetz und Wasserstraßen zukunftsfähig erhalten, finanzieren, planen und bauen sowie im Schienenverkehr fairen Wettbewerb ermöglichen. Auch soll eine kommunale Investitionsoffensive zur Überwindung der maroden Infrastruktur vor Ort gestartet werden und dafür ein Investitionsprogramm des Bundes für marode Schulen in Höhe von 10 Milliarden Euro bereitgestellt werden.

Zu Buchstabe c

Nach Auffassung der Antragsteller sollen starke Ungleichheiten, egal ob innerhalb von Staaten oder zwischen ihnen, verringert werden. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert die Bundesregierung auf, in Europas Zukunft zu investieren, die Sparpolitik zu beenden, mit Strukturreformen bürokratische Hindernisse zu beseitigen, mit einem Altschuldentilgungsfonds exzessive Staatsverschuldung zu reduzieren, mit Mindestsicherungssystemen in allen Ländern die soziale Krise und mit starken Institutionen die Spaltung Europas zu bekämpfen. Außerdem soll sich die Regierung für ein faires Handelssystem in Europa einsetzen und das Steuersystem gerechter

machen, indem kleine Einkommen entlastet, Kapitaleinkünfte wieder progressiv und Vermögen angemessen besteuert werden. Zu den weiteren Forderungen gehören faire Spielregeln auf den Märkten und eine Erleichterung der Migration.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/6052 in seiner 70. Sitzung am 17. Februar 2016 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 18/6052 in seiner 63. Sitzung am 17. Februar 2016 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur** hat den Antrag auf Drucksache 18/6053 in seiner 56. Sitzung am 27. Januar 2016 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 18/6053 in seiner 76. Sitzung am 17. Februar 2016 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Zu Buchstabe c

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/6054 in seiner 70. Sitzung am 17. Februar 2016 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 18/6054 in seiner 63. Sitzung am 17. Februar 2016 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 18/6054 in seiner 53. Sitzung am 17. Februar 2016 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 18/6054 in seiner 56. Sitzung am 17. Februar 2016 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat die Anträge auf Drucksachen 18/6052, 18/6053 und 18/6054 in seiner 77. Sitzung am 11. Mai 2016 abschließend beraten.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/6052 zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/6053 zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/6054 zu empfehlen.

Berlin, den 11. Mai 2016

**Klaus Ernst**  
Berichtersteller



